

## Anträge 33. Landesparteitag die Linke Bremen

Im folgenden dokumentieren wir die Anträge an den 33. Landesparteitag der Linken Bremen und Bremerhaven

### Inhaltsverzeichnis

#### R - Regularien

| Bezeichner | Titel · Antragsteller/in · Empfehlung  | Seite |
|------------|--|-------|
| R 00       | Geschäftsordnung des Landesparteitages der Linken Bremen<br>Bereits beschlossen<br><i>angenommen</i> | 5     |
| R 01       | Vorschlag der Tagesordnung und des Zeitplanes<br>Landesvorstand                                      | 8     |

## L - Leitantrag

| Bezeichner | Titel · Antragsteller/in · Empfehlung                                  | Seite |
|------------|--|-------|
| L 01       | Die Linke in die Offensive bringen (Teil1)<br>Landesvorstand           | 9     |
| L 02       | Die Linke in die Offensive bringen (Teil2)<br>Landesvorstand           | 12    |
| L 02 -01   | Änderungsantrag zu L 02<br>Jens Hurling (KV Links der Weser · Nr. 408) | 15    |
| L 03       | Die Linke in die Offensive bringen (Teil3)<br>Landesvorstand           | 18    |
| L 04       | Die Linke in die Offensive bringen (Teil4)<br>Landesvorstand           | 20    |

## A - Anträge an den Parteitag

| Bezeichner | Titel · Antragsteller/in · Empfehlung  | Seite |
|------------|--|-------|
| A 01       | <b>Endlich mehr Transparenz wagen! Einführung eines Lobbyregisters und von Karenzzeiten in Bremen</b><br>Dietrich Winge (KV Nord-West · Nr. 258)   | 22    |
| A 02       | <b>Einrichtung eines Diamorphin-Programms in Bremen</b><br>Dietrich Winge (KV Nord-West · Nr. 258)   | 24    |
| A 03       | <b>Zukunft der Hafenarbeit in Zeiten der Transformation</b><br>AG Betrieb und Gewerkschaft, Sofia Heuser (KV Nord-West · Nr. 203), Ingo Tebje, Lennart Härtlein (KV Links der Weser · Nr. 404), Andreas Juhls (KV Nord-West · Nr. 255) | 25    |
| A 04       | <b>Bildung einer historischen Fachkommission zur Überprüfung von Straßennamen und weiteren Ehrungen in der Stadt Bremen</b><br>Hanno Balz (KV Mitte-Ost · Nr. 709)   | 28    |
| A 05       | <b>Weitere Einschränkungen von finanziell schwachen, bettelnden und obdachlosen Menschen verhindern</b><br>Tom Hundack (Linksjugend · Nr. 553)   | 29    |
| A 06       | <b>Verkehrswende nicht ausbremsen! - Für eine klimafreundliche und sozial gerechte Mobilität in Bremen</b><br>Klima- und Umwelt AG   | 30    |
| A 07       | <b>Verbindliche Quote für preisgedämpfte Mieten</b><br>Gabriele Mahro (KV Links der Weser · Nr. 410), Lennart Härtlein (KV Links der Weser · Nr. 404), Jens Hurling (KV Links der Weser · Nr. 408)                                     | 33    |

## O - Anträge mit Organisationsbezug

| Bezeichner  | Titel · Antragsteller/in · Empfehlung  | Seite |
|-------------|--|-------|
| O 01        | <b>Strategische Zielsetzung und Aufbearbeitung</b><br>Lucas Fiola (KV Mitte-Ost · Nr. 352)   | 35    |
| O 02        | <b>Parität auch bei Veranstaltungen</b><br>Sofia Heuser (KV Nord-West · Nr. 203)   | 36    |
| O 03        | <b>Mit einer pragmatischen Strategie in den Bundestagswahlkampf starten!</b><br>Tim Sültenfuß, Philipp Piechura (KV Mitte-Ost · Nr. 359), Dariush Hassanpour (KV Mitte-Ost · Nr. 353), Tom Hundack (Linksjugend · Nr. 553), Maria Mubarak (Linksjugend · Nr. 521), Lucas Fiola (KV Mitte-Ost · Nr. 352), Annika Port, Finn Mannott (KV Mitte-Ost · Nr. 374), Max Petermann (KV Mitte-Ost · Nr. 704), Katja Pusch (KV Mitte-Ost · Nr. 321), Finn Grimberg, Alina Heckenthaler         | 38    |
| O 03<br>-01 | <b>Änderungsantrag zu O 03</b><br>Andreas Hein-Foge (KV Nord-West LGST · Nr. 702)  | 40    |
| O 04        | <b>Die Linke als sozialistische Mitgliederpartei stärken – Kampagne zur Mitgliedergewinnung starten!</b><br>Tim Sültenfuß, Dariush Hassanpour (KV Mitte-Ost · Nr. 353), Tom Hundack (Linksjugend · Nr. 553), Katja Pusch (KV Mitte-Ost · Nr. 321), Maria Mubarak (Linksjugend · Nr. 521), Philipp Piechura (KV Mitte-Ost · Nr. 359), Lucas Fiola (KV Mitte-Ost · Nr. 352), Annika Port, Finn Mannott (KV Mitte-Ost · Nr. 374), Max Petermann (KV Mitte-Ost · Nr. 704), Finn Grimberg | 41    |
| O 05        | <b>Gemeinsam Bilanz ziehen</b><br>Jens Hurling (KV Links der Weser · Nr. 408), Dmitri Zelenin (KV Nord-West · Nr. 259), Sofia Heuser (KV Nord-West · Nr. 203), Ramona Seeger (KV Links der Weser · Nr. 414), Marija Cubalevska   | 43    |

## Antrag R 00: Geschäftsordnung des Landesparteitages der Linken Bremen

|                   |  |
|-------------------|--|
| Antragsteller/in: | Bereits beschlossen  |
| Status:           | angenommen   |
| Sachgebiet:       | R - Regularien   |
| Entscheidung:     | <input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend: |

- 1 1 Der Landesparteitag wählt als Arbeitsgremien im Block auf Vorschlag des  
2 Landesrates und, sofern nicht auf Befragen ein Widerspruch erhoben wird, in offener  
3 Abstimmung für die Dauer der Amtszeit der Delegierten.
- 4 • das Tagungspräsidium,
  - 5 • die Mandatsprüfungskommission,
  - 6 • die Wahlkommission,
  - 7 • die Antragskommission.
- 8 Wählbar sind alle, sofern sie Mitglied der Partei DIE LINKE sind.
- 9 2 Der Landesparteitag wird durch das von ihm gewählte Tagungspräsidium geleitet.
- 10 3 Geschäftsordnung, Tagesordnung und Zeitplan werden zu Beginn des  
11 Landesparteitages in dieser Reihenfolge beschlossen. Die Geschäftsordnung bleibt  
12 für die Dauer der Amtszeit der Delegierten gültig.
- 13 4 Alle gewählten und angemeldeten Delegierten haben Beschlussrecht, sofern die  
14 Bundes- oder die Landessatzung nichts anderes bestimmen. Der Landesparteitag ist  
15 beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der gewählten stimmberechtigten  
16 Delegierten oder Ersatzdelegierten anwesend sind. Mitglieder des Landesverbandes  
17 haben Rederecht.
- 18 5 Der Ablauf des Landesparteitages erfolgt entsprechend der vom Landesparteitag  
19 beschlossenen Tagesordnung.
- 20 6 Wortmeldungen sind dem Tagespräsidium anzuzeigen. Das Tagungspräsidium hat das  
21 Recht, Gästen des Landesparteitages das Wort zu erteilen. Die Reihenfolge der  
22 Redner\*innen wird innerhalb der beschlossenen Tagesordnung durch die Reihenfolge  
23 der Wortmeldungen und die Quotierung bestimmt. Erstredende Delegierte werden  
24 innerhalb ihrer Redeliste vorgezogen.
- 25 Die Redezeit für Diskussionsredner\*innen beträgt maximal vier Minuten. Längere  
26 Redezeiten sind durch die\*den Redner\*in vor Beginn der Rede zu beantragen und  
27 bedürfen der Bestätigung durch den Landesparteitag.
- 28 Delegierte haben das Recht, Anfragen an die Diskussionsredner\*innen zu stellen. Die  
29 Tagungsleitung kann die Anzahl der Anfragen begrenzen.
- 30 7 Anträge, die nach Antragsschluss gestellt werden (Dringlichkeits- und  
31 Initiativanträge), sind schriftlich bei der Antragskommission einzureichen und  
32 erfordern, wenn sie zur Behandlung im Plenum kommen sollen, die Unterschrift von

- 33 mindestens zehn anwesenden angemeldeten Delegierten.
- 34 Zur Begründung selbstständiger Anträge erhalten zunächst die Antragsteller\*innen  
35 das Wort, die Redezeitbegrenzung beträgt vier Minuten. Danach erhält jeweils ein\*e  
36 Redner\*in dagegen und ein\*e Redner\*in dafür das Wort. Die Redezeit beträgt hierfür  
37 jeweils maximal zwei Minuten.
- 38 Der Landesparteitag kann mit der absoluten Mehrheit der Stimmen der anwesenden  
39 Delegierten eine Ausdehnung der Antragsdebatte beschließen.
- 40 8 Die Abstimmung über Anträge erfolgt unter dem Tagesordnungspunkt Anträge, falls  
41 der Landesparteitag nichts anderes beschließt. Alle Anträge werden nummeriert.  
42 Änderungsanträge sind Anträge, die sich auf vorliegende Anträge beziehen und diese  
43 ändern sollen. Sie können durch jede\*n Delegierte\*n gestellt werden.
- 44 Dringlichkeits- und Initiativanträge sind Anträge, die nach Antragsschluss auf  
45 besondere politische Ereignisse oder grundsätzliche politische bzw.  
46 gesellschaftliche Veränderungen reagieren und der Landesparteitag sich durch  
47 entsprechende Beschlussfassung dazu verhalten muss.
- 48 Anträge an die Kommissionen des Landesparteitages können durch jede\*n Delegierte\*n  
49 gestellt werden.
- 50 9 Anträge zur Geschäftsordnung können nur von Delegierten mündlich und außerhalb  
51 der Reihenfolge der Redeliste gestellt werden. Vor der Abstimmung darüber erhält  
52 höchstens ein\*e Redner\*in dagegen und eine Redner\*in dafür das Wort. Die Redezeit  
53 beträgt jeweils maximal zwei Minuten. Bei laufender Abstimmung sowie während  
54 Wahlgängen können keine Anträge zur Geschäftsordnung gestellt werden.
- 55 Die Anträge „Schluss der Debatte“, „Schluss der Redeliste“ und „Übergang zur  
56 Tagesordnung“ können nur von Delegierten gestellt werden, die zu dem  
57 Tagesordnungspunkt noch nicht gesprochen haben.
- 58 Vor Beschlussfassung ist die Redeliste zu verlesen.
- 59 10 Beschlüsse des Landesparteitages werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden  
60 angemeldeten Delegierten gefasst, wenn kein anders lautender Antrag zum  
61 Abstimmungsverfahren beschlossen ist und sofern die Bundes- und Landessatzungen und  
62 diese Geschäftsordnung nichts anderes bestimmen.
- 63 11 Auf Antrag kann mit einfacher Mehrheit der delegierten Frauen ein Frauenplenum  
64 des Landesparteitages in offener Abstimmung einberufen werden. Über einen in diesem  
65 Frauenplenum gefassten Beschluss oder Beschlussvorschlag kann erst nach erneuter  
66 Beratung des gesamten Landesparteitages abschließend entschieden werden.
- 67 12 Persönliche Erklärungen beziehen sich auf Angriffe gegen oder Zitierungen der  
68 eigenen Person. Persönliche Erklärungen können nur nach Beendigung des  
69 Tagesordnungspunktes abgegeben werden. Die Redezeit beträgt maximal zwei Minuten.
- 70 13 Die Sitzungen des Landesparteitages sind grundsätzlich öffentlich. Über die  
71 Durchführung geschlossener Sitzungen entscheidet der Landesparteitag auf  
72 begründeten Antrag mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit der Stimmen der anwesenden  
73 angemeldeten Delegierten. Geschlossene Sitzungen werden parteiöffentlich  
74 durchgeführt.
- 75 14 Über den Ablauf des Parteitages ist in Verantwortung des Tagungspräsidiums eine

- 76 Niederschrift zu fertigen und zu archivieren. Beschlüsse des Parteitages sind  
77 schriftlich zu protokollieren und durch die Versammlungsleitung unverzüglich zu  
78 beurkunden.  
79 Grundlage für die Veröffentlichung ist das gesprochene Wort.  
80 Es kann eine Ton- bzw. Videoaufzeichnung erfolgen.  
81 15 Funktelefone sind im Konferenzsaal stumm zu schalten.  
82 16 Die Annahme der Geschäftsordnung erfolgt mit einfacher Stimmenmehrheit der  
83 angemeldeten anwesenden Delegierten. Änderungen der beschlossenen Geschäftsordnung  
84 sind nur mit Zwei-Drittel-Mehrheit der anwesenden angemeldeten Delegierten möglich.

### **Begründung**

Die GO wurde bereits auf dem 32. Landesparteitag beschlossen und bleibt bis Ende 2025 in Kraft.

## Antrag R 01: Vorschlag der Tagesordnung und des Zeitplanes

|                          |  |
|--------------------------|--|
| <b>Antragsteller/in:</b> | Landesvorstand   |
| <b>Status:</b>           | zugelassen   |
| <b>Sachgebiet:</b>       | R - Regularien   |
| <b>Entscheidung:</b>     | <input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend: |

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Anmeldung für Delegierte ab 10.30
- 2 TOP 1 Begrüßung (11.00)
- 3 TOP 2 Beschluss über Tagesordnung und Zeitplan (11.10)
- 4 TOP 3 Grußwort (11.15)
- 5 TOP 4 Bericht der Senatorinnen (11.30)
- 6 TOP 5 Die Linke in die Offensive bringen
- 7 5.1 Einbringung (11.50)
- 8 5.2 Debatte und Beschluss (12.05)
- 9 Mittagspause (13.30)
- 10 TOP 6 Bericht der Mandatsprüfungskommission (14.15)
- 11 TOP 7 Wahlen
- 12 7.1 Nachwahl eines weiteren Mitglieder des Landesvorstandes (14:20)  
(Liste zur Sicherung der Mindestquotierung)
- 13 7.2 Nachwahl der Landesschiedskommission (14.45)
- 14 7.3 Nachwahl der Landesfinanzrevisionskommission (14.50)
- 15 TOP 8 weitere Anträge an den Landesparteitag (15.00)
- 16 TOP 9 Schlusswort (17.30)

### Begründung

.

## Antrag L 01: Die Linke in die Offensive bringen (Teil1)

|                   |  |
|-------------------|--|
| Antragsteller/in: | Landesvorstand   |
| Status:           | zugelassen   |
| Sachgebiet:       | L - Leitantrag   |
| Entscheidung:     | <input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend: |

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1    **Politik der Spaltung ist Politik gegen sozial gerechte Demokratie!**
- 2    Genau ein Jahr vor der Bundestagswahl ist äußerst ungewiss, wie sich der nächste
- 3    Bundestag zusammensetzen wird. Global krisenhafte Verhältnisse durch die
- 4    Klimaerwärmung und geopolitische Spannungen, Kriege wie in der Ukraine und in Gaza,
- 5    hoher Veränderungsdruck, sowie desolate Infrastrukturen und der Rückstau bei
- 6    überfälligen Reformen erzeugen bei vielen Menschen Unsicherheiten und Ängste. Genau
- 7    das wird von rechtspopulistischen Stimmen ausgebeutet, die mittlerweile bis in die
- 8    Mitte des politischen Spektrums die Debatten prägen. Jetzt wäre es an der Zeit, die
- 9    Herausforderungen für unsere Zivilgesellschaft ernst zu nehmen und politisch
- 10    anzugehen, sich mit der Klimakrise und ihren Auswirkungen auf Wirtschaft und
- 11    Energieversorgung, dem demografischen Wandel und dem Handlungsbedarf bei
- 12    öffentlicher Infrastruktur, Finanzierung und sozialen Sicherungssystemen aktiv
- 13    auseinanderzusetzen. Stattdessen wird sich überboten mit Schuld- und Neiddebatten
- 14    gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund, Geflüchteten und Bürgergeld-
- 15    Empfänger\*innen.
- 16    Auch die Eckpunkte zum Bundeshaushalt 2025 der Ampel-Regierung sowie die sogenannte
- 17    Wachstumsinitiative setzen das Nach-unten-treten fort. Statt bei
- 18    Dienstwagenprivilegien oder anderen Subventionen für Bessergestellte zu kürzen,
- 19    wird der Rotstift beim 49-Euro-Ticket und bei den Arbeitsmarktprogrammen der
- 20    Jobcenter angesetzt, was wichtige Projekte und Angebote auf Landes- und
- 21    Kommunalebene trifft.
- 22    Unsere Gesellschaft braucht eine sozial gerechte Demokratie. Diese Demokratie ist
- 23    ohne staatliche Investitionen und Umverteilung nicht zukunftsfähig. Der
- 24    Kürzungshaushalt der Ampel und die Schwierigkeiten auf Bundes- wie auf Landesebene,
- 25    überhaupt funktionierende Haushalte aufzustellen, zeigen erneut, dass die
- 26    Schuldenbremse eine absolute Zukunftsbremse ist: Sie wirkt als Kita-Ausbaubremse,
- 27    als Klimaschutzbremse, als Innovationsbremse, Wohnungsbaubremse und als
- 28    Verkehrswendebremse. Daher unsere klare Forderung: Die Schuldenbremse muss weg, um
- 29    notwendige Investitionen, die jetzt schon seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten
- 30    überfällig sind, endlich tätigen zu können. Die Fußball-Europameisterschaft der
- 31    Männer in Deutschland hat der Welt gezeigt, wie marode die öffentliche
- 32    Verkehrsinfrastruktur ist. Wer vor dem offensichtlichen Handlungsbedarf die Augen
- 33    verschließt, legt es darauf an, die soziale Demokratie ins Straucheln zu bringen.

34 Zusätzlich haben die starken Preiserhöhungen alltäglicher Verbrauchsgüter sowie die  
35 Mietpreisentwicklungen insbesondere in den Großstädten der letzten Jahre zu einer  
36 Krise der Lebenshaltungskosten geführt. Zwar wurden immer wieder beachtliche  
37 Erfolge bei Arbeitskämpfen für Lohnerhöhungen erzielt, doch halten diese in der  
38 Breite kaum Schritt mit den Preiserhöhungen. Gemeinsam mit unzureichenden  
39 Erhöhungen des Mindestlohns und von Sozialleistungen ergibt sich eine Situation,  
40 die sich bei vielen Menschen weiterhin nachhaltig und spürbar negativ in den  
41 Geldbeuteln niederschlägt. Gleichzeitig konnten zahlreiche Konzerne besondere  
42 Gewinne aus den multiplen Krisen ziehen und Reiche ihr Vermögen mehren.

43 **Bundestagswahl 2025: Es rettet uns kein höh'eres Wesen - Krisen annehmen und**  
44 **aflösen**

45 Die soziale Ungleichheit, die Schere zwischen Arm und Reich, und die Umverteilung  
46 von unten nach oben nehmen weiter zu. Die Ampelregierung ist teils unwillig, teils  
47 unfähig, gegen diese Ungerechtigkeit vorzugehen.

48 So gelingt es in der aktuellen politischen Gemengelage AfD und Union immer stärker,  
49 sich als einzige Alternative zur Ampelpolitik darzustellen. Die Wahrnehmung der  
50 Ampel als vermeintlich linksliberale Formation und die aktuelle Schwäche unserer  
51 Partei sorgen dafür, dass die Linke als politische Alternative zur Kürzungspolitik  
52 der Ampel nicht ausreichend wahrgenommen wird. Die Wahlen in u.a. Frankreich und  
53 Großbritannien zeigen jedoch, dass konservative Regierungen und Regierungen der  
54 Mitte erfolgreich von links herausgefordert und Kräfte gegen Nationalismus und  
55 Populismus gebündelt werden können. Auch wenn das französische linke Wahlbündnis  
56 nicht ohne Weiteres auf Deutschland übertragbar ist, zeigt sich deutlich, dass eine  
57 breite gesellschaftliche Mobilisierung in der Lage ist, dem Rechtsruck und der  
58 unsozialen Politik der Mitte wirkmächtige und überzeugende linke Strategien und  
59 Angebote entgegenzustellen. Für uns bedeutet das Ansporn und ein klares Signal: Wir  
60 müssen und wollen als Linke wieder in die Offensive gehen.

61 Unser Ziel: Die Politik auf Bundesebene muss sich massiv ändern. Dramatische  
62 Kürzungen bei der Arbeitsmarktpolitik, die hilflose Aufforderung, bei  
63 Wohnungsmangel doch einfach aufs Land zu ziehen, und die ständige Unsicherheit über  
64 den Fortbestand von Sozial- und Bildungsprogrammen: All das steht für die  
65 Kapitulation vor den Problemen, insbesondere vor den eigenen Blockaden in der  
66 Ampelkoalition, kurz: für die Durchsetzung von Kapital- und Partialinteressen! Wir  
67 wollen linke Alternativen in diesen Kernbereichen anbieten und stark machen, in  
68 sozialen Bewegungen und öffentlichen Debatten wie in Parlamenten.

69 Bei der Bundestagswahl 2025 werden entscheidende Weichen für die kommenden Jahre  
70 gestellt. Für uns Linke ist klar, dass wir mit einer starken Stimme für  
71 Verteilungsgerechtigkeit und nachhaltige Sozial- und Klimapolitik, für  
72 internationale Solidarität und Entspannung, gegen Ausgrenzung und Hetze wieder in  
73 den Bundestag einziehen wollen.

## **Begründung**

-

## Antrag L 02: Die Linke in die Offensive bringen (Teil2)

|                   |  |
|-------------------|--|
| Antragsteller/in: | Landesvorstand   |
| Status:           | zugelassen   |
| Sachgebiet:       | L - Leitantrag   |
| Entscheidung:     | <input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend: |

Der Landesparteitag möge beschließen:

1    **Zuwanderung und Bildung - mit guten Rahmenbedingungen und nach vorn gerichtet**

2    Die Ergebnisse des Zensus 2022 bieten für das Bundesland Bremen eine finanzielle  
3    und demografische Überraschung. Gegen den gesamtdeutschen Trend wird die  
4    Einwohnerzahl für das Land Bremen auf 693.204 nach oben korrigiert (sie wächst  
5    gegenüber 2000 um 5 Prozent und wird in naher Zukunft die 700.000er-Marke  
6    überschreiten). Für Bremerhaven fällt die Korrektur sogar noch deutlicher als für  
7    Bremen. In der Folge erhält das Land Bremen künftig jährlich 170 Mio. Euro mehr aus  
8    dem bundesweiten Finanzausgleich.

9    Was hier vielleicht wie zufällig günstige Korrektur erscheint, ist tatsächlich der  
10    Erfolg zweier weltoffener Stadtgesellschaften und ihrer integrativen  
11    Zuwanderungspolitik und damit auch ein Erfolg linker Politik.

12    Bremen ist jünger und migrantischer als der Rest der Republik: Der Anteil der unter  
13    30-Jährigen ist mit 32,8 Prozent so hoch wie in keinem anderen Bundesland, der  
14    Anteil von Einwohner\*innen mit Migrationserfahrung mit 32,4 Prozent ebenfalls.  
15    Jede\*r fünfte Bremer\*in ist außerhalb der EU geboren, fast jede\*r achte außerhalb  
16    von Europa; mehr als 7 Prozent gehören zur zweiten Generation. Bremen lebt seine  
17    Weltoffenheit und hat das Potential, die Vorteile zu nutzen: Die  
18    Bevölkerungsentwicklung Bremens leistet einen wichtigen Beitrag zur Stabilität von  
19    Sozialversicherungen, begegnet dem Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel und trägt zu  
20    einer ausgewogenen Altersstruktur bei.

21    Zuwanderung, egal aus welchen Gründen, findet statt. Es ist politische Aufgabe,  
22    Rahmenbedingungen zu schaffen, sodass Zuwanderung gesellschaftlich positiv wirken  
23    kann. Gerade in Zeiten demographischer Wende ist Migration für aufnehmende  
24    Gesellschaften eine wesentliche Unterstützung, um Wirtschaftsleistung, soziale  
25    Strukturen und Lebensstandard zu sichern. Damit Integration gelingt, braucht es  
26    Offenheit und Kooperation von allen Beteiligten und starke öffentliche  
27    Infrastrukturen für Integration. Es muss investiert werden in Bildung, Betreuung,  
28    Arbeitsmarktzugänge und Wohnen. Diese Zukunftsorientierung muss im Zentrum unserer  
29    landespolitischen Anstrengungen stehen und im Zentrum unserer Forderungen an den  
30    Bund.

31    In der Bildungspolitik des Landes Bremen brauchen wir eine stärkere Ausrichtung an  
32    Kernzielen: Zur Bildungsgerechtigkeit gehören umfassende Teilhabe,  
33    Stadtteilentwicklung und verlässliche Betreuung. Der Ausbau der Doppelbesetzung in

34 Grundschulen, die deutliche Stärkung der Schulen und Kitas mit besonderen  
35 Herausforderungen, z.B. auch durch kleinere Gruppen, Ausbau des Platzangebots (ggf.  
36 auch Betreuungsgruppen für Nicht-Kita-Kinder), Ausbau der (praxisintegrierten)  
37 Erzieher\*innen und Assistent\*innenausbildung und der Lehrkräfteausbildung sind  
38 dabei wesentliche Elemente. Dafür ist eine beschleunigte Annäherung der Pro-Kopf-  
39 Ausgaben ans Stadtstaatenniveau zwingend. Wir erneuern unsere Forderung nach einer  
40 Enquete-Kommission, die klärt was nötig ist, um die bildungspolitische  
41 Schlusslichtposition unseres Bundeslandes zu verlassen. Allein 16 Jahre  
42 Schulkonsens haben zwar die Bildungspolitik aus den Landtagswahlkämpfen  
43 herausgehalten, für die Verbesserung der Bildungsgerechtigkeit haben sie aber  
44 nichts gebracht. Wir werden die Schule für Alle wieder auf die Tagesordnung setzen.

#### 45 **Kommunen und Stadtteile ernst nehmen, linke Beiratsstrukturen ausbauen**

46 Die Ergebnisse der Europawahl müssen uns vor allem auf Städte- und Stadtteilebene  
47 zu denken geben. Wir haben vor allem in Bremerhaven, Bremen-Nord und vielen  
48 benachteiligten Quartieren schlecht abgeschnitten. Das können wir nicht einfach auf  
49 den Rechtsruck schieben, sondern müssen politisch darauf antworten.

50 Gerade diejenigen, die weniger Einkommen und Vermögen haben oder sich auf dem  
51 Arbeitsmarkt in einer schwierigen Position befinden, reagieren auf tiefgreifende  
52 Veränderungen mit einer berechtigten Skepsis. Denn sie können äußere Veränderungen  
53 nicht in derselben Weise mit eigenen Ressourcen abfedern oder bewältigen. Hier sind  
54 wir als linke Kraft mehrfach gefordert: Klarer sagen, dass Veränderungen wie Klima-  
55 Umbau und Zuwanderung nicht nur moralisch geboten sind, sondern auch die  
56 Voraussetzung dafür, Lebensstandard, Beschäftigung und Wohlstand zu erhalten; offen  
57 über damit einhergehende Probleme und mögliche Lösungen dafür sprechen; vor allem  
58 aber konkrete Forderungen in den Mittelpunkt stellen, die mit der gleichen  
59 Dringlichkeit auf Verbesserungen bei alltäglicher Infrastruktur, sozialer  
60 Sicherheit und beruflichen Chancen bestehen. Das betrifft Mieten und Energiekosten  
61 genauso wie berufliche Durchlässigkeit oder haus- und fachärztliche Versorgung.

62 Kritik am Zustand der Demokratie ist nicht rechts. Es ist eine zutreffende  
63 Beobachtung, dass große Unternehmen und einkommensstarke Gruppen ihren Einfluss  
64 geltend machen können, damit Veränderungen nicht auf ihre Kosten gehen, während die  
65 mit weniger Geld und Lobbymacht sehr viel leichter unter die Räder kommen. In  
66 Bremen stellen die Beiräte ein Instrument dar, wie vor Ort Einfluss genommen und  
67 mitgestaltet werden kann. Ein derartiges Instrument fehlt in Bremerhaven; und auch  
68 in Bremen ist es häufig zu schwach. Es sind aber auch andere Instrumente denkbar.  
69 Wir wollen eine Diskussion starten, wie wirksame kleinräumige Beteiligung  
70 verbessert werden kann. Das kann in die Forderung „Beiräte für Bremerhaven“ ebenso  
71 münden, wie in die Forderung, mit Bürgerräten oder Bezirksparlamenten zu  
72 experimentieren. Sicherheit in der Veränderung erfordert jedenfalls den Ausbau von  
73 Möglichkeiten für alle, direkt mitzuentcheiden.

74 Zentrale bundes- und landespolitische Forderungen, die wir langfristig verfolgen,  
75 für die wir stehen, die konkret durchsetzbar sind und die einen realen Einfluss auf  
76 Lebenslagen haben, müssen wieder stärker in den Vordergrund gestellt werden. Das

- 77 ist uns früher mit den Forderungen nach Mindestlohn und Abschaffung von Hartz IV  
78 gelungen und muss auch jetzt wieder unser Ziel sein.
- 79 Daher beabsichtigen wir, ein Landesprogramm für soziale Sicherheit und  
80 gleichwertige Lebensverhältnisse zu erarbeiten, das angemessen auf die vielfältigen  
81 Umbrüche und Veränderungen antwortet (und ehrlich darstellt, wo es dann auch nur  
82 mit Bundespolitik weitergeht). Dafür starten wir einen Arbeitsprozess, an dem alle  
83 teilnehmen können und den wir auch nach außen öffnen werden.

## **Begründung**

-

## Antrag L 02 -01: Änderungsantrag zu L 02

Änderungsantrag zu L 02

|                   |  |
|-------------------|--|
| Antragsteller/in: | Jens Hurling (KV Links der Weser · Nr. 408)                            |
| Status:           | zugelassen   |
| Sachgebiet:       | L - Leitantrag   |
| Entscheidung:     | <input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend: |

Der Landesparteitag möge beschließen:

### Zeile 50 - 61

~~50 Gerade diejenigen, die weniger Einkommen und Vermögen haben oder sich auf dem  
51 Arbeitsmarkt in einer schwierigen Position befinden, reagieren auf tiefgreifende  
52 Veränderungen mit einer berechtigten Skepsis. Denn sie können äußere Veränderungen  
53 nicht in derselben Weise mit eigenen Ressourcen abfedern oder bewältigen. Hier sind  
54 wir als linke Kraft mehrfach gefordert: Klarer sagen, dass Veränderungen wie Klima-  
55 Umbau und Zuwanderung nicht nur moralisch geboten sind, sondern auch die  
56 Voraussetzung dafür, Lebensstandard, Beschäftigung und Wohlstand zu erhalten; offen-  
57 über damit einhergehende Probleme und mögliche Lösungen dafür sprechen; vor allem  
58 aber konkrete Forderungen in den Mittelpunkt stellen, die mit der gleichen  
59 Dringlichkeit auf Verbesserungen bei alltäglicher Infrastruktur, sozialer  
60 Sicherheit und beruflichen Chancen bestehen. Das betrifft Mieten und Energiekosten  
61 genauso wie berufliche Durchlässigkeit oder haus- und fachärztliche Versorgung.~~

Ohne eine starke demokratisch-sozialistische Stimme auf allen politischen Ebenen werden die gesellschaftlichen Veränderungen auf dem Rücken der Lohnabhängigen ausgetragen. Das trifft all die besonders hart, die mit wenig Geld im Monat auskommen müssen. Unsere Aufgabe ist es, auch kommunal und auf Stadtteilebene den Klassenstandpunkt in den Fokus zu nehmen: der Klima-Umbau ist auch ein Kampf für Arbeitszeitverkürzung und innerbetriebliche Demokratie. Aber zum Beispiel auch für öffentliche, solidarisch verwaltete grüne Gemeinschaftsprojekte wie ökologische Mietshäusersyndikate oder selbst verwaltete Gemeinschaftsgärten in einem profitfreien, klimafreundlichen öffentlichen Raum für alle. Linke Kommunalpolitik bedeutet: Soziale Infrastrukturen aufbauen, stärken und gegen den Markt verteidigen. Diese Sozialen Infrastrukturen zielen darauf, weite Teile der kommunalen Daseinsvorsorge dem Markt (wieder) zu entziehen und unter öffentliche, demokratische Kontrolle zu stellen. Das kann bedeuten, sozialen Diensten ihre Warenförmigkeit zu nehmen, sie also aus dem Profitzwang zu lösen. Mit der Rekommunalisierung beispielsweise von Pflegeeinrichtungen, Kindertagesstätten, Wohnraum, Trinkwasserversorgung, grüner Stromerzeugung, Telekommunikation oder privaten Mobilitätsdienstleistungen ist die Frage der Eigentumsform auch kommunal gestellt.

62

Jenseits der Eigentumsfrage müssen wir neue Formen der Partizipation und Selbstverwaltung

stärken. Soziale Infrastrukturen in öffentlicher Hand bedeuten auch, diese umfassend zu demokratisieren. Das heißt nicht weniger, als sie in die Hände der Produzent\*innen und Nutzer\*innen zu legen. Mögliche Modelle dafür sind Gesundheits- oder Care-Räte, regionale Mobilitäts- und Transformationsräte und kommunale migrantische Interessenvertretung. Migration ist nicht nur Menschenrecht, sondern die Chance, gesellschaftliche Aufgaben kommunal und solidarisch auf mehr Schultern zu verteilen – wir müssen als Linke dafür kämpfen, dass die kommunalen Mittel für diese Aufgaben da sind. Verbesserungen der kommunalen Infrastruktur müssen dabei partizipativ und für alle gedacht werden. Kommunale Infrastruktur soll keinen Profit abwerfen, sondern den Menschen dienen und diejenigen ermächtigen, die auf guten ÖPNV und gute Nahversorgung unbedingt angewiesen sind. Auch Fragen rund um soziale Sicherheit, Energie, Miete und medizinische Versorgung müssen wir Schritt für Schritt auf dem Weg zum grünen Infrastruktursozialismus und einer sozialen Demokratie denken: bedürfnisorientiert und nicht als Ware. Das Ziel: eine (immer stärkere) Abkopplung der Möglichkeit der sozialen Teilhabe vom Erwerbsstatus.

#### Zeile 62 - 73

62 ~~Kritik am Zustand der Demokratie ist nicht rechts. Es ist eine zutreffende-~~  
63 ~~Beobachtung~~Es stimmt, dass große Unternehmen und einkommensstarke Gruppen auch  
64 kommunal ihren Einfluss  
65 geltend machen können, damit Veränderungen nicht auf ihre Kosten gehen, während  
66 ~~die~~Menschen  
67 mit weniger Geld und Lobbymacht sehr viel leichter unter die Räder kommen.~~In-~~  
68 ~~Bremen stellen die Beiräte ein Instrument dar, wie vor Ort Einfluss genommen und~~  
69 ~~mitgestaltet werden kann. Ein derartiges Instrument fehlt in Bremerhaven; und auch~~  
70 ~~in Bremen ist es häufig zu schwach. Es -~~ kommunal passiert das vor allem in der  
71 Stadtentwicklung. Derzeit sind aber auch andere in Bremen die Beiräte das einzige  
72 Instrument, mit dem niederschwellig vor Ort Einfluss genommen und mitgestaltet werden  
73 kann. Bisher werden diese jedoch nicht genügend genutzt und ihr Einfluss ist nicht  
weitreichend genug. In Bremerhaven gibt es derartige Instrumente denkbar.  
69 ~~Wir wollen eine Diskussion starten, wie wirksame kleinräumige Beteiligung-~~  
70 ~~verbessert werden kann. Das kann in die Forderung „Beiräte für Bremerhaven“ ebenso~~  
71 ~~münden, wie in die Forderung, mit Bürgerräten oder Bezirksparlamenten zu~~  
72 ~~experimentieren. Sicherheit in der Veränderung erfordert jedenfalls den Ausbau von~~  
73 ~~Möglichkeiten für alle, direkt mitzuentscheiden~~gar nicht. Daher muss unsere Aufgabe sein,  
Diskussionen und Kämpfe darüber zu führen, mit welchen Instrumenten die Demokratie bis in  
die Quartiere alle Menschen zu Mitgestaltung der Stadt ermutigen kann. Die politische Rechte  
profitiert von der Enttäuschung und Entfremdung der Menschen von „der Politik“ als  
(scheinbar) abgehobene Parallelwelt. Die Linke Antwort darauf ist aber nicht nur: „Wir  
machen es besser“ sondern: „Wir kämpfen dafür, dass alle die Möglichkeit haben, es  
gemeinsam besser machen zu können.“ - das ist „Power to the people“ als Realpolitik: jenen  
Gestaltungsmacht zu übergeben, die sie im real existierenden Kapitalismus sonst nicht  
haben.

#### Zeile 79 - 82

- 79 Daher ~~beabsichtigen wir~~, werden wir ein Landesprogramm für soziale Sicherheit und  
80 gleichwertige Lebensverhältnisse zu erarbeiten, das angemessen auf die vielfältigen  
81 Umbrüche und Veränderungen antwortet (und ehrlich ~~darstell~~zugibt, wo es dann auch nur  
82 mit Bundespolitik ~~weitergeht~~weitergehen kann). Dafür starten wir einen Arbeitsprozess, an  
dem alle  
83 teilnehmen können und den wir auch nach außen öffnen werden.

## Begründung

Der Änderungsantrag steht kaum inhaltlich im Konflikt mit dem Original. Allerdings empfanden die Antragstellenden diesen (für einen Landesverband unfassbar wichtigen) Absatz über Kommunalpolitik als etwas ziellos und nicht präzise und stark genug. Wir haben ihn mit mehr Leben und Vision gefüllt, zwei Dimensionen, die der politischen Linken manchmal fehlen ;-)

Abseits davon waren ein paar redaktionelle Formulierungen in diesem Absatz, die wir zwar sinngemäß inhaltlich unterschreiben, die aber besser formuliert werden könnten. Ein Beispiel: "Kritik am Zustand der Demokratie ist nicht rechts" - das fühlt sich nach Strohmann an und sollte als Gedanke zu selbstverständlich sein, als ihn überhaupt aufzurufen. Auch der direkte Zusammenhang zwischen moralisch gebotener Zuwanderung und "Lebensstandard, Beschäftigung und Wohlstand" fühlt sich schief an. Es klingt zu sehr danach, "dem Markt" neue Menschen zuführen zu wollen, damit alle so weitermachen können, wie gewohnt. Das war sicherlich nicht die Intention der Autor\*innen, könnte aber so gelesen werden.

Der Text ist so aus unserer Sicht konkreter und klarer, zeigt einen Anspruch an linke Kommunalpolitik der über sozialdemokratische Vokabeln hinausgeht und thematisiert klar, dass mehr demokratische und soziale Teilhabe ein Baustein gegen den erstarken Rechtsradikalismus ist. Der Text so zwar länger, aber auch expliziter. Wir bitten daher um Übernahme :)

## Antrag L 03: Die Linke in die Offensive bringen (Teil3)

|                   |  |
|-------------------|--|
| Antragsteller/in: | Landesvorstand   |
| Status:           | zugelassen   |
| Sachgebiet:       | L - Leitantrag   |
| Entscheidung:     | <input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend: |

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 **Unsere Regierungsbeteiligung ist kein Selbstzweck – linke Projekte auch unter**
- 2 **erschweren Bedingungen vorantreiben!**
- 3 Auf Landesebene konnten wir im letzten Jahr mit einem starken Wahlkampf und breiter
- 4 Beteiligung bei der Bürgerschaftswahl unser letztes Ergebnis von 11 Prozent
- 5 verteidigen. Als Landesverband haben wir uns daraufhin entschieden, die Aufgabe
- 6 anzunehmen, auch in der dieser Legislatur möglichst prägender Teil der Bremer
- 7 Landesregierung zu sein. Für uns Linke ist das kein Selbstzweck. Wir haben diese
- 8 Entscheidung in einer Zeit getroffen, in der die Voraussetzungen für linke Politik
- 9 schwieriger geworden sind. Der bundesweite Rechtsruck, die Fixierung der
- 10 öffentlichen und medialen Debatte auf Triggerpunkte, die ständigen Rufe nach Law
- 11 and Order, also autoritärer Innenpolitik, die steigende Akzeptanz von Rassismus und
- 12 Sozialdarwinismus: Dieser enorm herausfordernde Kontext macht es auch in der
- 13 Koalition schwieriger, diesem Druck nicht nachzugeben. Die chaotische Finanzpolitik
- 14 des Bundes, die nur noch auf Sicht fährt, zwingt uns zu Haushaltsverhandlungen in
- 15 Permanenz, bindet Kräfte und macht es nahezu unmöglich, gesellschaftlicher
- 16 Verunsicherung mit überzeugenden Perspektiven entgegenzutreten.
- 17 Gleichzeitig ist linke Politik für Bremen und Bremerhaven dringender als je zuvor.
- 18 Die Preise für alles Lebensnotwendige bleiben hoch und immer weniger Menschen
- 19 kommen mit ihrem Geld bis zum Ende des Monats aus. Vor dem Hintergrund
- 20 tiefgreifender gesellschaftlicher und technologischer Umbrüche ist das Bremer
- 21 Wirtschaftsmodell dringend auf eine sozial-ökologische Transformation angewiesen,
- 22 die im Sinne der Beschäftigten gestaltet wird. Das kostet viel Geld, ist aber für
- 23 die Zukunft Bremens und Bremerhavens zwingend erforderlich.
- 24 Nachdem wir in der letzten Legislaturperiode Krisen gut gemanagt, soziale
- 25 Verbesserungen durchgesetzt und linke Handschrift gerade in der Gesundheits-,
- 26 Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik bewiesen haben, kommen wir jetzt an die
- 27 eigentlichen Herausforderungen: Immer noch ist unser Bundesland an der
- 28 Schlusslichtposition bei Armut und Arbeitslosigkeit, Bildungsungerechtigkeit und
- 29 Bildungserfolg, Frauenerwerbsbeteiligung und Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und
- 30 privat geleisteter Sorgearbeit.
- 31 Während die rot-grün-rote Koalition in die erste Legislatur mit einer starken
- 32 Vision für ein weltoffenes, nachhaltiges, soziales und wirtschaftlich erfolgreiches
- 33 Bundesland ging, ist diese Vision aktuell für viele Bürgerinnen und Bürger nicht

34 mehr erkennbar. Die Koalition darüber zu profilieren, dass sie angesichts der  
35 Sachzwänge und neuen Realitäten „weniger will“, kann uns nicht zufriedenstellen.  
36 Dass CDU, FDP und BD keine Lösungen zu bieten haben und mit ihrer  
37 rückwärtsgewandten Politik Bremen und Bremerhaven eindeutig auf Sparzwänge  
38 verpflichten würden (insbesondere, wenn es um Ausgaben für Klima und Soziales  
39 geht), kann uns als Legitimation für unsere Regierungsbeteiligung nicht reichen.  
40 Auch braucht es mehr, als den ständigen Vorstößen für eine repressive Sozialpolitik  
41 und Zuwanderungspolitik die Spitze zu brechen, Zumutungen und Unsinn zu verhindern  
42 und in den Projekten der Regierung ein linkes Korrektiv zu sein.

43 Linke Politik in Regierungsverantwortung beweist sich dadurch, dass wir überzeugend  
44 die Ziele und Probleme bearbeiten, die allgegenwärtig und offensichtlich sind; dass  
45 wir das in besonderer Weise tun, indem wir die soziale Frage in den Mittelpunkt  
46 stellen und Entscheidungen nicht dem Markt überlassen; und dass wir linke  
47 Reformprojekte vorantreiben, mit denen unsere Gesellschaft sozial gerechter und  
48 zukunftsfähig wird. Das tun wir in unseren linken Ressorts: Wir treiben die  
49 Krankenhausreform und die Klima-Transformation der Wirtschaft voran; wir bauen  
50 wohnortnah Gesundheits- und Hebammenzentren aus und haben bei Landesmindestlohn  
und  
51 Tarifbindung Pflöcke gesetzt; wir haben mit der Versorgung Nichtversicherter, dem  
52 Sicherstellungsgesetz zum Schwangerschaftsabbruch und dem Ausbildungsfonds linke  
53 Reformprojekte auf den Weg gebracht. In der Koalition haben wir uns erfolgreich für  
54 eine offensive Finanzpolitik starkgemacht und in den Haushaltsverhandlungen der  
55 Fraktionen viele fortschrittliche Einzelprojekte durchgesetzt.

## **Begründung**

-

## Antrag L 04: Die Linke in die Offensive bringen (Teil4)

|                   |  |
|-------------------|--|
| Antragsteller/in: | Landesvorstand   |
| Status:           | zugelassen   |
| Sachgebiet:       | L - Leitantrag   |
| Entscheidung:     | <input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend: |

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1    **Gemeinsam in die Offensive gehen: Wir initiieren einen landespolitischen Ratschlag**
- 2    Wir müssen aber nachlegen und als Partei unsere Einstellung zur Mitverantwortung in
- 3    dieser Legislaturperiode konkretisieren:
- 4    • Wir aktualisieren unsere Konzepte für ein wohnungs- und mietenpolitisches
- 5    Sofortprogramm und eine entsprechende längerfristige Strategie.
- 6    • Ungeachtet der schwierigen Haushaltslage müssen wir Wege finden, wie nicht nur
- 7    mit kleinen Veränderungen das Bisherige fortgeschrieben wird, sondern z.B. für
- 8    Bildung und Armutsbekämpfung die nötigen Ressourcen bereitgestellt werden, und
- 9    das nicht nur symbolisch.
- 10   • Wir bringen uns in die Debatte ein, wie unsere Verwaltung bürgernäher
- 11   aufgestellt werden kann und wie Entscheidungsprozesse beschleunigt werden.
- 12   • Für die neu von uns verantworteten Bereiche Häfen und Pflege müssen wir als
- 13   Partei Kompetenz aufbauen, uns mit den Herausforderungen auseinandersetzen und
- 14   unsere politische Agenda konkretisieren.
- 15   • Wir werden eigene Vorschläge erarbeiten, wie wir in den landespolitischen
- 16   Problembereichen weiterkommen können: mit einer offensiven Agenda für
- 17   Bildungspolitik, Betreuungsausbau, Armutsbekämpfung und eine
- 18   Zuwanderungspolitik, die schneller und besser Integration ermöglicht.
- 19   • Wir bringen einen Volksentscheid zur Abschaffung der Bremer Schuldenbremse auf
- 20   den Weg und erhöhen damit auch den Druck auf die Bundesebene.
- 21
- 22   Gerade in diesen Zeiten braucht eine Linke in der Regierung Austausch und auch
- 23   Unterstützung einer gesellschaftlichen Linken und entsprechender Verbände, Gruppen,
- 24   Organisationen. Deshalb wollen wir den Dialog zwischen Partei,
- 25   Bürgerschaftsfraktion, Beiräten und verschiedenen linken außerparlamentarischen
- 26   Akteuren verstärken und einen landespolitischen Ratschlag im Frühjahr 2025
- 27   vorbereiten.
- 28   Dabei dürfen wir nicht vergessen:
- 29   **Alternativen zum Kapitalismus gehören auf die Tagesordnung**
- 30   Das herrschende Wirtschaftssystem hat größte Schwierigkeiten, auf die vielfachen
- 31   Herausforderungen der Zeit zu antworten, und führt jeden Tag zu mehr Umverteilung

32 von unten nach oben. Dadurch sitzt aber das Kapital nicht weniger fest im Sattel.  
33 Ganz im Gegenteil: Es lässt sich jeden Schritt zögerlicher Veränderung teuer  
34 bezahlen und schafft es, anders als in der Finanzkrise 2007-2009, sich als  
35 unentbehrlich hinzustellen. Die Kluft zwischen Arbeits- und Vermögenseinkommen und  
36 die Konzentration des Eigentums in den Händen weniger haben inzwischen ein Ausmaß  
37 angenommen, wie es zuletzt vor rund 100 Jahren der Fall war. Dennoch erregt diese  
38 fundamentale Fehlentwicklung weit weniger die Gemüter als die Frage, ob in  
39 Schulaufsätzen gegendert werden soll.

40 Als sozialistische Kraft sind wir hier gefordert. Natürlich muss die Diskussion um  
41 Alternativen zum Kapitalismus heute anders geführt werden als vor 100 Jahren. Aber  
42 sie stellt sich im Großen wie im Kleinen. Der Kapitalismus schützt nicht Eigentum,  
43 er vernichtet es; er schützt nur Kapital. Das merken alle, deren Rücklagen  
44 schwinden, deren Lebensinvestitionen entwertet werden. Grundlegende Innovationen  
45 haben ihren Vorlauf fast immer in öffentlicher Forschung und Entwicklung. Im  
46 Kapitalismus wird ohne öffentliche Steuerung in die Ausbeutung von Mieter\*innen  
47 oder das Gegeneinanderausspielen von Beschäftigten investiert, statt in  
48 Klimatransformation oder die Lösung globaler Herausforderungen. Das kennen Vonovia-  
49 Mieter\*innen genauso wie der Wirtschaftsminister.

50 Damit wir diese Zusammenhänge besser darstellen und die Debatte um notwendige  
51 Alternativen besser führen können, muss die politische (und ökonomische) Bildung im  
52 Landesverband einen größeren Stellenwert einnehmen. Das erwarten auch viele, die  
53 als neue Mitglieder zu uns stoßen. Der Landesvorstand soll daher zusammen mit den  
54 Kreisvorständen nach geeigneten Formaten suchen – und zusammen mit den  
55 Öffentlichkeitsarbeiter\*innen nach Wegen, wie wir diese Zusammenhänge auch stärker  
56 nach außen tragen können.

## **Begründung**

-

## Antrag A 01: Endlich mehr Transparenz wagen! Einführung eines Lobbyregisters und von Karenzzeiten in Bremen

|                   |  |
|-------------------|--|
| Antragsteller/in: | Dietrich Winge (KV Nord-West · Nr. 258)                                |
| Status:           | zugelassen   |
| Sachgebiet:       | A - Anträge an den Parteitag   |
| Entscheidung:     | <input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend: |

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 1. Lobbyregister: Der Landesparteitag fordert die Bürgerschaft und den Senat auf,  
2 ein verpflichtendes und öffentlich zugängliches Lobbyregister für Bremen zu  
3 schaffen, das alle relevanten Interessenvertretungen und ihre Kontakte zu  
4 politischen Entscheidungsträgern erfasst. Ziel ist es, die Transparenz  
5 politischer Entscheidungsprozesse zu erhöhen und das Vertrauen der Bürgerinnen  
6 und Bürger in die Politik zu stärken.
- 7 2. Legislativer Fußabdruck: Hierzu zählt auch die Einführung eines „Legislativen  
8 Fußabdrucks“ in Form Inhaltlicher und chronologischer Aufzeichnung der  
9 Entstehung einer Gesetzesvorlage sowie Nennung der an der Entstehung  
10 Beteiligten und ihrer Beiträge. So soll transparent werden, welche Interessen  
11 sich möglicherweise in Gesetzesvorhaben widerspiegeln
- 12 3. Einführung von Karenzzeiten: Zusätzlich fordert der Landesparteitag die  
13 Einführung von Karenzzeiten in Bremen, bevor ehemalige Regierungsmitglieder  
14 sowie hochrangige Beamte in maßgebliche Tätigkeiten in der Privatwirtschaft  
15 eintreten dürfen. Dies soll Interessenkonflikte verhindern und die  
16 Unabhängigkeit politischer Entscheidungen sichern. Diese Karenzzeit sollte wie  
17 in Hamburg 24 Monate umfassen.
- 18 4. Begleitende Maßnahmen: Der Landesparteitag fordert zudem die Schaffung eines  
19 unabhängigen Gremiums zur Überwachung des Lobbyregisters sowie die Einführung  
20 klarer Sanktionen bei Verstößen gegen die Registrierungspflicht und die  
21 Karenzzeitregelungen.

### Begründung

1. Transparenz und Demokratie: Ein Lobbyregister sowie die oben benannten begleitenden Maßnahme sind wesentliche Instrumente, um die Transparenz in politischen Entscheidungsprozessen zu erhöhen. Durch die Offenlegung von Kontakten zwischen Politik und Interessenvertretungen kann verhindert werden, dass politische Entscheidungen hinter verschlossenen Türen getroffen werden. Dies fördert die demokratische Legitimation und stärkt das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politik.
2. Schutz vor unlauterem Einfluss: In einer Zeit, in der Interessenvertretungen zunehmend Einfluss

auf politische Entscheidungen nehmen, ist es wichtig, diesen Einfluss transparent zu machen. Ein Lobbyregister ermöglicht es, unlauteren Einfluss zu erkennen und zu verhindern, dass bestimmte Gruppen überproportionalen Einfluss auf die Politik ausüben.

3. Einführung von Karenzzeiten: Karenzzeiten sind unerlässlich, um den Übergang von Regierungsämtern in die Wirtschaft zu regulieren. Sie verhindern, dass ehemalige politische Entscheidungsträger ihr Insiderwissen und ihre Netzwerke unmittelbar nach dem Ausscheiden aus dem Amt für Lobbyzwecke nutzen. Dies schützt die Integrität der Politik und reduziert die Gefahr von Interessenkonflikten.

4. Bremen im Lobbyranking: Bremen nimmt im bundesweiten Lobbyranking den letzten Platz ein <https://lobbyranking.de/> und weist somit die geringste Transparenz in Bezug auf Lobbyismus auf. Dies zeigt den dringenden Handlungsbedarf auf, um das Vertrauen in die politische Integrität in Bremen zu stärken und mit anderen Bundesländern gleichzuziehen.

5. Erfüllung bundesweiter Standards :Auf Bundesebene wurde bereits ein Lobbyregister eingeführt, das die Kontakte zwischen Lobbyisten und Bundestagsabgeordneten erfasst. Bremen sollte diesem Beispiel folgen und ein eigenes Register auf Landesebene einführen, das den spezifischen Anforderungen und Gegebenheiten unseres Stadtstaats gerecht wird.

#### **Vorschlag zur Einführung:**

**Gesetzliche Grundlage:** Die Bürgerschaft möge ein entsprechendes Gesetz zur Einführung eines Lobbyregisters und von Karenzzeiten verabschieden. Dieses Gesetz sollte klare Definitionen enthalten, welche Akteure sich registrieren müssen, welche Informationen offengelegt werden müssen und wie lange Karenzzeiten gelten sollen.

**Zentrale Registrierung:** Es soll eine zentrale, öffentlich zugängliche Datenbank eingerichtet werden, in der alle Lobbyisten, ihre Auftraggeber und ihre Kontakte zu politischen Entscheidungsträgern erfasst werden.

**Kontrolle und Sanktionen:** Ein unabhängiges Gremium soll die Einhaltung der Registrierungspflichten und Karenzzeitregelungen überwachen. Bei Verstößen sollen empfindliche Sanktionen verhängt werden, um die Durchsetzung des Registers und der Karenzzeiten zu gewährleisten.

Die Einführung eines Lobbyregisters, eines legislativen Fußabdrucks und verbindlicher Karenzzeiten in Bremen sollten Schritte hin zu mehr Transparenz und Demokratie darstellen und entsprechen einem linken Selbstverständnis. Angesichts der Tatsache, dass Bremen im bundesweiten Vergleich in Bezug auf Lobbytransparenz weit hinterherhinkt, ist es dringend notwendig, Maßnahmen zu ergreifen, die das Vertrauen der Bürger in die politische Integrität stärken. Ich bitte daher den Landesparteitag, diesem Antrag zuzustimmen und sich für die Einführung eines Lobbyregisters und von Karenzzeiten in Bremen auszusprechen.

## Antrag A 02: Einrichtung eines Diamorphin-Programms in Bremen

|                   |  |
|-------------------|--|
| Antragsteller/in: | Dietrich Winge (KV Nord-West · Nr. 258)                                |
| Status:           | zugelassen   |
| Sachgebiet:       | A - Anträge an den Parteitag   |
| Entscheidung:     | <input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend: |

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der Bremer Senat wird aufgefordert, die Einführung eines Diamorphin-Programms für
- 2 schwerstabhängige Menschen in Bremen zu initiieren und die dafür notwendigen
- 3 rechtlichen, finanziellen und organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen.

### Begründung

Der Umgang mit schwerstabhängigen Menschen, die auf konventionelle Therapieansätze nicht ansprechen, stellt Bremen vor eine große gesundheitspolitische Herausforderung.

Heroinabhängigkeit führt oft zu erheblichen gesundheitlichen, sozialen und ökonomischen Schäden, sowohl für die Betroffenen als auch für die Gesellschaft.

Die kontrollierte Abgabe von Diamorphin (pharmazeutisch hergestelltem Heroin) hat sich in verschiedenen Städten Deutschlands, wie Hamburg und Frankfurt am Main, als wirksame Maßnahme zur Schadensminimierung und zur Stabilisierung der Lebenssituation schwerstabhängiger Menschen erwiesen. Studien zeigen, dass Diamorphin-Programme die gesundheitliche Situation der Betroffenen deutlich verbessern, die Kriminalität verringern und gleichzeitig die Belastung des Gesundheitssystems senken können. Gleichzeitig existieren deutliche Hinweise darauf, dass Patient:innen, die sich in einem Diamorphin- Programm befinden, eine wesentlich geringere Affinität für den Konsum von Crack- Kokain aufweisen.

Es gibt eine zunehmende Zahl von Menschen, die aufgrund ihrer langjährigen Abhängigkeit nicht in der Lage sind, von konventionellen Substitutionsprogrammen zu profitieren. Die Crack- Szene wächst zudem von Jahr zu Jahr. Für diese Menschen kann die Diamorphinvergabe eine lebensrettende Alternative sein.

In Deutschland gibt es an mittlerweile 13 Standorten ein entsprechendes Diamorphin- Angebot; Bremen gehört leider nicht hierzu, obwohl die Notwendigkeit unbestritten sein dürfte. Die Einführung eines Diamorphin-Programms ist ein humanitärer Akt und entspricht den Grundsätzen linker Politik, die auf die Verbesserung der Lebensbedingungen und die Sicherstellung einer umfassenden gesundheitlichen Versorgung für alle Menschen abzielt.

Wir fordern den Bremer Senat daher auf, die Einrichtung einer Diamorphin-Abgabestelle in Bremen zu initiieren und die dafür notwendigen rechtlichen, finanziellen und organisatorischen Rahmenbedingungen zu schaffen.

## Antrag A 03: Zukunft der Hafenarbeit in Zeiten der Transformation

|                          |   |
|--------------------------|---|
| <b>Antragsteller/in:</b> | AG Betrieb und Gewerkschaft, Sofia Heuser (KV Nord-West · Nr. 203), Ingo Tebje, Lennart Härtlein (KV Links der Weser · Nr. 404), Andreas Juhls (KV Nord-West · Nr. 255) |
| <b>Status:</b>           | zugelassen  |
| <b>Sachgebiet:</b>       | A - Anträge an den Parteitag  |
| <b>Entscheidung:</b>     | <input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:  |

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 In den Häfen des Landes Bremen arbeiten ca. 12.000 Menschen, die meisten davon in
- 2 Bremerhaven. Die Bremischen Häfen bieten nach wie vor vergleichsweise gute,
- 3 tariflich abgesicherte Arbeitsbedingungen, gerade auch für Menschen mit
- 4 verhältnismäßig niedrigen beruflichen Qualifikationen. Außerdem sind die Häfen
- 5 unverzichtbar für funktionierende Lieferketten und die Versorgung mit
- 6 lebensnotwendigen Gütern.
- 7 Als Bremer Linke wollen wir die Hafenarbeit sichern, sehen jedoch auch den Bund in
- 8 der Pflicht, die Wettbewerbsfähigkeit der Seehäfen durch Investitionen zu stärken.
- 9 Die Hafenlogistik befindet sich mitten in einem weitreichenden
- 10 Transformationsprozess. Unter den Bedingungen des kapitalistischen Wettbewerbs sind
- 11 die Unternehmen bestrebt, die Abläufe auf den Terminals so weit wie möglich zu
- 12 automatisieren, um Kostenvorteile zu realisieren. In Rotterdam läuft der
- 13 Containerumschlag schon weitgehend automatisiert ab, auf dem Hamburger
- 14 Containerterminal Altenwerder der Firma HHLA fahren statt manuell gesteuerter Van
- 15 Carrier autonome Transportfahrzeuge, die die Container eigenständig an ihren Platz
- 16 bringen.
- 17 Dass diese Entwicklung auch Bremerhaven bevorsteht, ist kein Geheimnis. Die
- 18 hiesigen Unternehmen Eurogate (Containerumschlag) und BLG (Autoumschlag) haben in
- 19 den vergangenen Jahren verschiedene Forschungsprojekte zur Automatisierung ihrer
- 20 Arbeitsprozesse durchgeführt. Eurogate hat bereits vor einigen Jahren angekündigt,
- 21 den Containerumschlag automatisieren zu wollen. Am Eurogate-Terminal in
- 22 Wilhelmshaven wird derzeit schon der Einsatz ferngesteuerter Containerbrücken
- 23 getestet, auch der Wechsel von Van Carriern zu autonomen Transportfahrzeugen wie in
- 24 Hamburg ist vorgesehen.
- 25 Die Beschäftigten befürchten, dass dies mit einem Wegfall ihrer Arbeitsplätze
- 26 einhergeht, und sich ihre Lebensperspektiven dadurch deutlich verschlechtern
- 27 werden. Zurecht, denn das Ziel der Automatisierung liegt genau darin, menschliche
- 28 Arbeit durch Maschinen zu ersetzen. Es ist zudem unwahrscheinlich, dass der
- 29 Containerumschlag so stark gesteigert werden kann, dass die Zahl der benötigten
- 30 Arbeitskräfte trotz Automatisierung gleich bleibt.

31 Ver.di hat vor diesem Hintergrund den 'Tarifvertrag Zukunft' bei Eurogate erkämpft,  
32 der eine Vielzahl an Maßnahmen vorsieht, um die Folgen der Automatisierung  
33 sozialverträglich und mitbestimmt zu gestalten.

34 Als Linke stehen wir fest an der Seite von Beschäftigten und Gewerkschaft und  
35 unterstützen sie bei ihrem Kampf für eine gerechte Gestaltung der Transformation im  
36 Hafen. Für uns stehen die Interessen der Beschäftigten im Mittelpunkt und nicht das  
37 Profitstreben der Unternehmen.

38

39 Der Landesparteitag möge beschließen:

- 40 • Linke Hafenpolitik steht für einen Einsatz für gute Arbeitsbedingungen.  
41 (Flächen-)Tarifbindung und betriebliche Mitbestimmung müssen überall in den  
42 Häfen gesichert und ausgebaut werden.
- 43 • Linke Hafenpolitik steht für eine sozialökologische Transformation mit  
44 Arbeitsplatzsicherung. Betriebsbedingte Kündigungen sind auszuschließen.
- 45 • Wir fordern den Senat auf, sich dafür im Rahmen seiner Einflussmöglichkeiten  
46 für folgendes einzusetzen:
  - 47 • Der Gesamthafenbetrieb (GHBG) ist zu sichern. Im Rahmen der jetzt beginnenden  
48 Automatisierung müssen alle Hafenbetriebe nachhaltige Personalkonzepte  
49 erstellen, bei denen auch die Beschäftigung beim GHBG einbezogen und  
50 abgesichert wird.
  - 51 • Die Beschäftigten sind durch Arbeitszeitverkürzungen mit Lohnausgleich oder  
52 alternativ Lohnsteigerungen an den sich durch Automatisierung ergebenden  
53 Produktivitätssteigerungen zu beteiligen.
  - 54 • Wenn sich in bestimmten Bereichen die Anforderungen an die Beschäftigten  
55 verändern oder der Arbeitskräftebedarf sinkt, müssen die Unternehmen den  
56 Beschäftigten passende Qualifizierungsangebote machen und finanzieren,  
57 gegebenenfalls auch für Stellen in anderen Betrieben.
  - 58 • Ist es trotz Weiterbildung nicht möglich, den betroffenen Beschäftigten eine  
59 andere Stelle im gleichen zeitlichen Umfang wie bisher anzubieten oder ist der  
60 Stellenwechsel mit einer niedrigeren Eingruppierung verbunden, muss das  
61 Unternehmen finanzielle Ausgleichszahlungen leisten.
  - 62 • Umstrukturierungen bei Hafenbetrieben, an denen Bremen beteiligt ist, dürfen  
63 nicht zu Tarif-Absenkungen führen. Der Bremer Senat soll seinen Einfluss bei  
64 Eurogate dazu nutzen, die Einhaltung des 'Tarifvertrag Zukunft'  
65 sicherzustellen. Der Einfluss der öffentlichen Hand im Hafen muss erhalten  
66 werden.
  - 67 • Neue Berufsbilder dürfen nicht den Flächentarifvertrag der deutschen Seehäfen  
68 unterlaufen. Die Fernsteuerung von Großgeräten ('Remote Operators') muss  
69 Hafendarbeit bleiben, die Eingruppierung darf sich dabei nicht verschlechtern.
  - 70 • Laschen und Ladungssicherung sollen nur durch qualifizierte Hafendarbeiterinnen  
71 und -arbeiter ausgeübt werden und nicht durch die Besatzung der Schiffe.

## **Begründung**

Im Antrag

## Antrag A 04: Bildung einer historischen Fachkommission zur Überprüfung von Straßennamen und weiteren Ehrungen in der Stadt Bremen

|                   |  |
|-------------------|--|
| Antragsteller/in: | Hanno Balz (KV Mitte-Ost · Nr. 709)                                    |
| Status:           | zugelassen   |
| Sachgebiet:       | A - Anträge an den Parteitag   |
| Entscheidung:     | <input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend: |

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen:
- 2
- 3 Der Bremer Senat wird aufgefordert, eine historische Fachkommission ins Leben zu
- 4 rufen und deren Arbeit zu finanzieren, deren Aufgabe es ist, innerhalb der nächsten
- 5 drei Jahre die Straßennamen in der Stadt Bremen und weitere Ehrungen durch die
- 6 Stadt Bremen auf ihre Verbindungen zum Nationalsozialismus und zum deutschen
- 7 Kolonialismus hin zu untersuchen.

### Begründung

In den letzten Jahren haben sich, meist durch die Initiative Einzelner ausgelöst, in den Stadtteilen heftige Kontroversen um die Umbenennung von Straßennamen ergeben. Als Beispiele seien hier nur die Diskussionen um die Langemarckstraße oder die Sven-Hedin-Straße genannt. Auch die Beiratsfraktionen der Linken waren hier sehr aktiv. Allerdings werden Bemühungen auf Beiratsebene zur Umbenennung von Straßen von anderen Beiratsmitgliedern oft als „ideologisch motiviert“ abgetan und in der Sache geht es nur langsam voran. Zwar ist die Arbeit auf lokaler Ebene als absolut verdienstvoll anzusehen, doch sind in einer Gesamtbremer Perspektive die lokalen Initiativen zunächst nur Stückwerk. Zudem stoßen ihre Empfehlungen nicht immer auf eine breitere Zustimmung in der Bevölkerung.

Wie in vielen anderen Städten (z.B. Kassel, Stuttgart) muss es auch in Bremen eine systematische, historisch-wissenschaftlichen Überprüfung und Bewertung von Straßen- und Platznamen sowie von Ehrenbürgerschaften im Hinblick auf die nationalsozialistische und kolonialgeschichtliche Rolle der durch eine Straßen- oder Platzbenennung bzw. Ehrenbürgerschaft geehrten Personen geben. Hierfür sind Entscheidungsempfehlungen für die Namensbeibehaltung oder Umbenennung von nach Personen benannten städtischen Verkehrsflächen, Gebäuden und Einrichtungen nach wissenschaftlichen Kriterien zu erarbeiten. Die Ergebnisse, die eine solche Fachkommission schließlich wird erarbeitet haben, würden sicherlich auch auf eine höhere Akzeptanz in der Bevölkerung stoßen, wenn es zu Umbenennungen kommt.

## Antrag A 05: Weitere Einschränkungen von finanziell schwachen, bettelnden und obdachlosen Menschen verhindern

|                   |  |
|-------------------|--|
| Antragsteller/in: | Tom Hundack (Linksjugend · Nr. 553)                                    |
| Status:           | zugelassen   |
| Sachgebiet:       | A - Anträge an den Parteitag   |
| Entscheidung:     | <input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend: |

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Fraktion der Linken in der Bremischen Bürgerschaft, sowie die Senatorinnen der
- 2 Linken werden vom Landesparteitag aufgefordert, sich in der Bürgerschaft, sowie dem
- 3 Senat dafür einzusetzen, dass von diesem Zeitpunkt an keine weiteren rechtlichen
- 4 Verschärfungen beschlossen werden dürfen, die das Leben von finanziell schwachen,
- 5 bettelnden und obdachlosen Menschen einschränken.
- 6 Des Weiteren soll sich die Partei für die kommende Legislaturperiode dafür
- 7 einsetzen, dass das Verbot von Betteln im öffentlich zugänglichen
- 8 Gastronomiebereichen zurückgenommen wird, welches im „Ortsgesetz zur Änderung des
- 9 Ortsgesetzes über die öffentliche Ordnung“ am 18.06.2024 beschlossen wurde.
- 10 Stattdessen sollten progressive Maßnahmen zur Armutsbekämpfung, wie etwa Housing
- 11 First, in den nächsten Haushaltsgesprächen finanzielle stärker hinterlegt werden.

### Begründung

Begründung erfolgt mündlich

## Antrag A 06: Verkehrswende nicht ausbremsen! - Für eine klimafreundliche und sozial gerechte Mobilität in Bremen

|                   |  |
|-------------------|--|
| Antragsteller/in: | Klima- und Umwelt AG   |
| Status:           | zugelassen   |
| Sachgebiet:       | A - Anträge an den Parteitag   |
| Entscheidung:     | <input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend: |

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klima- und Transformationsfonds (KTF)
- 2 der Ampelregierung im Bund hat bundesweit und auch in Bremen viele Projekte für
- 3 mehr Klimaschutz ausgebremst. Betroffen ist u.a. der Mobilitätssektor im Land
- 4 Bremen. Viele Projekte liegen hier auf Eis oder werden nur mit wenig Ambitionen
- 5 verfolgt. Vor allem die Verkehrswende kommt nicht vom Fleck, obwohl der
- 6 motorisierte Individualverkehr einen erheblichen Anteil des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes in Bremen
- 7 ausmacht. Durch die angespannte Haushaltslage in diesem Jahr und in 2025 ist
- 8 fraglich, ob es überhaupt in dieser Legislatur Fortschritte beim Ausbau der
- 9 klimafreundlichen Mobilität wie dem ÖPNV, gut ausgebauten Fahrrad- und Fußwegen
- 10 geben wird.
- 11 Bei aller Geldknappheit gilt für uns Linke weiterhin: Die Verkehrswende ist ein
- 12 großer Hebel, um unsere klima- und sozialpolitischen Ziele voranzubringen und darf
- 13 nicht ausgebremst werden! Dabei müssen wir vor allem die Bedürfnisse sozial
- 14 benachteiligter Menschen ernst nehmen.
- 15 Die Partei DIE LINKE fordert deshalb die Fraktion und den Senat auf, die
- 16 Forderungen unserer Partei im Wahlprogramm 2023 für den Bereich Mobilität
- 17 konsequent umzusetzen und:
- 18 1. durch parlamentarische Anfragen, Anträge, Positionspapiere und konkrete Aktionen
- 19 stärkeres Agenda-Setting zu betreiben, um innerhalb der Regierungskoalition und im
- 20 öffentlichen Diskurs die Verkehrswende klarer und mit höherer Priorität zu
- 21 verankern;
- 22 2. Maßnahmen, die das Land bzw. die Stadtgemeinde Bremen wenig bis kein Geld
- 23 kosten, aber die Verkehrswende dennoch effektiv voranbringen, zu priorisieren. Dazu
- 24 gehören unter anderem:
- 25
- 26 • Die
- 27 Parkraumbewirtschaftung als Lenkungsinstrument gezielt einzusetzen für
- 28 weniger Parkplätze, höhere Gebühren für SUVs und andere große Fahrzeuge und
- 29 konsequente Durchsetzung des Verbots des aufgesetzten Gehwegparkens. Die
- 30 erzielten Gewinne müssen zweckgebunden in die Stärkung des Umweltverbunds
- 31 (Fuß- und Radverkehr sowie ÖPNV) fließen.

- 32 • Die  
33 Änderung der Straßenverkehrsordnung zu nutzen, um Tempo 30 als  
34 innerstädtischen Standard festzulegen.
- 35 • Einfahrt- und Parkverbote zu prüfen, wo dies ökologisch und sozial sinnvoll  
36 sowie verträglich erscheint.
- 37 • Ampelphasen zu verkürzen und, wo es möglich ist, den grünen Pfeil für  
38 Radfahrer\*innen einzuführen. Ampelphasen sollten vorrangig auf den ÖPNV, den  
39 Fuß- und Radverkehr abgestimmt werden, nicht auf den PKW-Verkehr.
- Die  
Einrichtung von Kiezblocks als Modellprojekte noch in dieser  
Legislaturperiode zu prüfen.
- 40 3. nach Finanzierungsmöglichkeiten zu suchen, die den dringend notwendigen Ausbau  
41 des Fahrrad- und Fußgängernetzes sowie vor allem des ÖPNV trotz Schuldenbremse und  
42 BVerfG-Urteil ermöglichen.
- 43 4 diesen Ausbau wie im VEP 2025 und der Angebotsoffensive 2.0 der BSAG vorgesehen  
44 voranzutreiben. Dabei sind besonders dringlich:
  - 45 • Eine  
46 Verbesserung der Taktung von Bus und Bahn, insbesondere auch im  
47 Nachtverkehr;
  - 48 • der  
49 Ausbau des Straßenbahnnetzes in bisher schlecht angebundene Stadtteile  
50 wie Oslebshausen, Osterholz, Überseestadt, Woltmershausen und Findorff. Bis  
51 2027 muss ein Gesamtkonzept für ein (verdichtetes) Straßenbahnnetz stehen;
  - 52 • die  
53 Verbesserung der Anbindungen für den Pendler\*innenverkehr in  
54 außerbremische Städte, z.B. durch den Ausbau der Straßenbahn Richtung Weyhe  
55 und andere relevante Strecken;
  - 56 • die  
57 S-Bahn durch zusätzliche Haltepunkte für die innerstädtische Mobilität  
58 nutzbar zu machen, sodass niemand länger als 10 Minuten bis zur nächsten  
59 Haltestelle gehen muss;
  - 60 • der  
61 Ausbau von Fahrradroutes, insbesondere solcher, die innenstadtferne  
62 Stadtteile anbinden. Hier muss die Fahrradbrücke nach Hemelingen priorisiert  
63 werden. Auch die Brücke zwischen Walle und Woltmershausen muss zügig gebaut  
64 werden. Parallel dazu braucht es eine fortlaufende und verstärkte Sanierung des  
65 bestehenden Radwegenetzes;
  - 66 • das Verleihsystem für Fahrräder, Lastenräder und Carsharing auszubauen,  
67 verbunden mit dem Aufbau von Mobilitätshubs, um verschiedene Mobilitätsformen  
68 miteinander zu verbinden;
  - 69 • in Zusammenarbeit mit den Behindertenverbänden alle Bus- und Bahnhaltestellen

- 70 barrierefrei bis 2030 umzubauen. Dazu zählt insbesondere der Umbau der  
Domsheide zu einem tatsächlich barrierefreien Bus- und Bahnknotenpunkt. Der  
bisherige Plan sieht einen barrierefreien Umbau aller Bushaltestellen bis  
Mitte der 30er-Jahre vor. Für die Tram-Haltestellen soll der Umbau erst bis  
Mitte der 60er Jahre erfolgen. Laut Gesetzeslage hätte der Umbau bereits bis  
Ende 2022 erfolgen müssen.
- 71 5. als Umsetzungsform des kostenlosen Nahverkehrs das Ziel eines fahrscheinfreien,  
72 umlagefinanzierten ÖPNV endlich substanziell voranzutreiben. Konkret heißt das:
- 73 • Der Senat muss seine Machbarkeitsstudie zur Finanzierung des ÖPNVs unter  
74 voller Einbeziehung aller einschlägigen zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen  
75 erneut durchführen. Im Besonderen soll die fehlende Prüfung einer  
76 Wirtschaftsumlage (Gewinnumlage) nachgeholt werden. Außerdem soll geprüft  
77 werden, wie die Bundeszuschüsse durch das D-Ticket bei einem kostenlosen  
78 Nahverkehr erhalten bleiben können.
  - 79 • Der Senat muss ein oder mehrere Gesamtkonzepte ausarbeiten und berechnen, um  
80 darzulegen, wie er eine Form des kostenlosen Nahverkehrs fördern will.
- 81 6. die Transformation der bremischen Automobil- und Zulieferindustrie durch  
82 geeignete Forschungs- und Förderprogramme voranzutreiben. Ziel muss eine  
83 Vereinbarkeit von Klimaneutralität und dem Erhalt von Industriearbeitsplätzen sein.  
84 Bremen könnte hier eine Vorreiterrolle spielen – die bloße Umstellung auf E-SUVs  
85 reicht dafür nicht aus.
- 86 7. die Verkehrswende durch eine umfassende Kommunikationsoffensive und geeignete  
87 Beteiligungsformate im öffentlichen Diskurs zu verankern. Ziel ist es, nicht nur,  
88 dass Menschen auf die individuelle Automobilität verzichten können – es müssen auch  
89 die Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, dass ein Verzicht auf den  
90 motorisierten Individualverkehr attraktiv wird.
- 91 8. bessere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten der BSAG/Bremerhaven Bus  
92 sicherzustellen.

## **Begründung**

erfolgt mündlich.

## Antrag A 07: Verbindliche Quote für preisgedämpfte Mieten

|                          |   |
|--------------------------|---|
| <b>Antragsteller/in:</b> | Gabriele Mahro (KV Links der Weser · Nr. 410), Lennart Härtlein (KV Links der Weser · Nr. 404), Jens Hurling (KV Links der Weser · Nr. 408) |
| <b>Status:</b>           | zugelassen  |
| <b>Sachgebiet:</b>       | A - Anträge an den Parteitag  |
| <b>Entscheidung:</b>     | <input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:  |

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Wir fordern den Bremer Senat auf, die Förderung eines mittleren Mietpreissegments
- 2 gemäß dem Wohnraumförderungsprogramm 2023 (Senatsbeschluss vom 05.12.2023) in eine
- 3 verbindliche Quote zu gießen und die Vergabe von städtischen oder landeseigenen
- 4 Grundstücken zum Zwecke des Wohnungsbaus an die Bedingung zu knüpfen, dass neben
- 5 30% Sozialwohnungen (zulässige Kaltmiete 6,80 €) 20 % der Wohnungen zu einem
- 6 Mietpreis in Höhe von 9,00 € (kalt) angeboten werden (preisgedämpfte Miete).
- 7 Gleiches ist bei der Aufstellung von Bebauungsplänen festzulegen sowie ggf. in
- 8 städtebaulichen Verträgen zu verhandeln.

### Begründung

Wohnen ist eine existentielle Notwendigkeit. Niemand sollte für sich oder seine Familie darum bangen müssen. Eine bezahlbare, passende Wohnung sollte also für jeden und jede selbstverständlich sein, ist es aber angesichts der Wohnungsknappheit und der Mietpreise keineswegs. Bezahlbare Miete ist für die breite Masse an Menschen unserer Zeit eine der alltäglichen Kernherausforderungen. Miete kann arm machen und Armut zementieren - das müssen wir als politische Linke an allen Stellen thematisieren. Insbesondere für die Menschen, die ihre Wohnung am freien Markt finden müssen, dürfte sich die Situation angesichts der Entwicklung des Wohnungsmarktes noch weiter verschärfen. Dazu kommt das nach wie vor hohe Preisniveau der Lebenshaltungskosten als Folge der Inflation.

Solange Wohnungen ein Wirtschaftsgut in den Händen Privater sind, braucht es staatliche Maßnahmen zur Absicherung menschenwürdigen Wohnens. Neben Wohngeld sind das die Sozialwohnungen, also öffentlich geförderte Wohnungen mit festgeschriebener Miethöhe, die Menschen zur Verfügung stehen, deren Einkommen max. 12.000 € (1-Personen-Haushalt) bzw. z.B. 26.200 € (2 Erw.+ 2 Kinder) beträgt. Menschen mit darüberliegendem Einkommen sind also von Sozialwohnungen ausgeschlossen, obwohl das Problem zu hoher Mieten auch bei dem Gros der Menschen mit mittleren Einkommen und damit in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist.

Diese Problematik wurde vom Senat erkannt. Wie der Senat selbst in seinem Wohnungsbauförderungsprogramm 2023 festgestellt hat, können „sich auch Haushalte mit mittleren Einkommen am Wohnungsmarkt nicht ausreichend mit erschwinglichem Wohnraum versorgen“, weshalb das Förderprogramm 2023 -wie bereits das WFP 2022- um einen „Baustein für

die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum oberhalb der Sozialwohnungsmiete ergänzt“ wurde. Die Teilnahme an dieser Förderung ist bislang freiwillig, wird aber nur in geringem Umfang in Anspruch genommen (s. Senatsbeschluss). Bei weitersteigenden Mietpreisen von derzeit zwischen 10 und 13 € pro qm (Bremer Mietspiegel 2024) ist daher ein preisgedämpftes Mietsegment dringend erforderlich. Damit die beschlossene Förderung wirksam wird, ist sie verpflichtend zu machen, soweit öffentliche Einflussmöglichkeiten bestehen.

## Antrag O 01: Strategische Zielsetzung und Aufbearbeitung

|                   |  |
|-------------------|--|
| Antragsteller/in: | Lucas Fiola (KV Mitte-Ost · Nr. 352)                                   |
| Status:           | zugelassen   |
| Sachgebiet:       | O - Anträge mit Organisationsbezug                                     |
| Entscheidung:     | <input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend: |

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der Landesvorstand soll damit beauftragt werden, mittels eine sog. „Mappings“ die
- 2 Wahlergebnisse der letzten zwei relevanten Bundes-Wahlen (Bundestagswahl 2021 und
- 3 Europawahl 2024) aufzuarbeiten und auf einer Karte zu katalogisieren. Ziel ist es,
- 4 mithilfe der Auswertung einen exakten Überblick zu bekommen, welche Stadtteile und
- 5 Straßen aufgrund des Wahlverhaltens bei vergangenen Wahlen relevant für den
- 6 Wahlkampf sein werden.
- 7 Dabei geht es explizit darum, die Ergebnisse soweit wie möglich runter zu brechen
- 8 und die Ergebnisse einzelner Wahllokale zu betrachten. Was aufwendig erscheinen
- 9 mag, erfüllt einen äußerst relevanten Zweck: Es geht darum, einen Überblick darüber
- 10 zu gewinnen, wo wir gezielt Haustürwahlkämpfe anwenden können - auch in
- 11 traditionell linken Stadtteilen gibt es Straßen und Blöcke, in denen
- 12 Nichtwähler\*innen leben.
- 13 Auf Grundlage dieser Auswertungen soll der Landesvorstand eine Haustür-
- 14 Wahlkampfinitiative starten, die sich ausschließlich mit den Potentialen für uns
- 15 auseinandersetzt. Wichtig ist hierbei: Die Haustürwahlkämpfe sollen keine
- 16 Wahlkampfaktionen ersetzen, sondern bisherige Wahlkampfaktionen ergänzen.
- 17 Darüber hinaus sollen die Haustürwahlkämpfe in eine breitere Aktionswoche
- 18 eingebettet sein, die Programm und Wahlkampfaktionen in einem bietet. Der
- 19 Landesvorstand soll diesbzgl. Verantwortliche Personen benennen, die eine
- 20 entsprechende Aktionswochen-AG gründen, in deren Rahmen auch der Haustürwahlkampf
- 21 eingebettet ist.

### Begründung

Als Beispiel dient dazu die Aufbereitung der Landtagswahlen in Sachsen: Ein vielköpfiges Team um den Direktkandidaten der Linken Nam Day Nguyen schlüsselte im Wahlbezirk Leipzig Mitte-Ost sämtliche Wahlergebnisse auf, um im Anschluss daran an über 30Tausend Türen zu klopfen, um die dort lebenden Menschen für eine Stimmabgabe an die Linke zu bewegen. Zwar lässt sich die Dimension nicht eins zu eins übertragen, nichts desto trotz gibt es an dieser Stelle viel Potential, den Bremer Wahlkampf effektiver und breiter aufzustellen.

## Antrag O 02: Parität auch bei Veranstaltungen

|                   |  |
|-------------------|--|
| Antragsteller/in: | Sofia Heuser (KV Nord-West · Nr. 203)                                  |
| Status:           | zugelassen   |
| Sachgebiet:       | O - Anträge mit Organisationsbezug                                     |
| Entscheidung:     | <input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend: |

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Wir als Linke legen einen großen Wert auf Parität und Gleichstellung. Das sollte
- 2 sich nicht nur bei der Besetzung von Ämtern zeigen, sondern insbesondere auch bei
- 3 (öffentlichen) Veranstaltungen, denn auch dort müssen wir unsere Prinzipien
- 4 verkörpern. Trotzdem kommt es noch immer vor, dass im Namen der Linken
- 5 Veranstaltungen organisiert und beworben werden, bei denen nur Männer zu Wort
- 6 kommen. Das ist hinderlich für die Förderung von Frauen/FLINTA\*, deren Stimmen dann
- 7 weniger gehört werden. Außerdem sendet es schlechte Signale nach außen, denn es
- 8 repräsentiert unsere Ideale nicht, und sorgt auch dafür, dass sich Frauen und
- 9 andere FLINTA\* weniger von uns Repräsentiert fühlen.
- 10 Der Landesparteitag möge beschließen:
- 11 • Bei Veranstaltungen und Podien wird eine Frauenquote von mindestens 50%
- 12 angestrebt.
- 13 • Veranstaltungen und Podien werden nur durch den Landesverband in Form von
- 14 finanziellen
- 15 Mitteln oder dem zur Verfügung stellen von Räumen unterstützt, insofern eine
- 16 Frauen/
- 17 FLINTA\*quote von mindestens 30% eingehalten wird. (in der Praxis bedeutet das:
- 18 Bei drei
- 19 Personen mindestens eine Frau, bei vier Personen mindestens zwei Frauen, bei
- 20 fünf Personen
- 21 mindestens zwei Frauen)
- 22 • Diese Quote bezieht sich sowohl auf die Veranstaltung selbst als auch auf die
- 23 Werbung. (Eine
- 24 Moderatorin, deren Name nicht auf den Plakaten reicht also nicht aus, wenn bei
- 25 der
- 26 Veranstaltung sonst zwei Männer sprechen.)
- 27 • Veranstaltungen mit lediglich einer Person sind von dieser Regelung
- 28 ausgenommen.

### Begründung

Während wir in allen Verbänden und Gremien auf eine Quote von 50% achten, gibt es nach wie

vor

vom Landesverband unterstützte Veranstaltungen, bei denen nur Männer zu Wort kommen. Das widerspricht unseren Grundsätzen und repräsentiert uns und unsere Ideale nicht. Deswegen sollten

wir diese Veranstaltungen auch nicht finanziell unterstützen.

Die 30% Regelung weicht von unserer sonst bestehenden 50% Quote aus Gründen der Praktikabilität

ab: Veranstaltungen habe in der Regel eine kleine Anzahl an Gäst\*innen, oft eine ungerade Anzahl. Dabei soll die Regelung Praktikabilität und ein gewisses Maß an Flexibilität bieten, und trotzdem Repräsentanz gewährleisten.

## Antrag O 03: Mit einer pragmatischen Strategie in den Bundestagswahlkampf starten!

|                          |  |
|--------------------------|--|
| <b>Antragsteller/in:</b> | Tim Sültenfuß, Philipp Piechura (KV Mitte-Ost · Nr. 359), Dariush Hassanpour (KV Mitte-Ost · Nr. 353), Tom Hundack (Linksjugend · Nr. 553), Maria Mubarak (Linksjugend · Nr. 521), Lucas Fiola (KV Mitte-Ost · Nr. 352), Annika Port, Finn Mannott (KV Mitte-Ost · Nr. 374), Max Petermann (KV Mitte-Ost · Nr. 704), Katja Pusch (KV Mitte-Ost · Nr. 321), Finn Grimberg, Alina Heckenthaler |
| <b>Status:</b>           | zugelassen   |
| <b>Sachgebiet:</b>       | O - Anträge mit Organisationsbezug   |
| <b>Entscheidung:</b>     | <input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:   |

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der Landesvorstand wird aufgefordert sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass
- 2 1. Die bundesweite Strategie zur Bundestagswahl eine klare Differenzierung nach
- 3 Wahlkreisen, in denen die Linke eine realistische Chance auf ein Direktmandat
- 4 hat und Wahlkreisen, in denen dies mit Blick auf die Wahlergebnisse der
- 5 letzten Wahlen unrealistisch erscheint, vornimmt;
- 6 2. Zentraler Bestandteil der Strategie - insbesondere der Plakatkampagne -
- 7 außerhalb von Wahlkreisen mit Chance auf ein Direktmandat, das Werben um
- 8 Zweitstimmen sein wird;
- 9 3. und es ein Wahlplakat zum Thema Verhältnis der Linken zu Groß- und
- 10 Konzernspenden geben wird.

### Begründung

Die herausragende Bedeutung der Bundestagswahl 2025 für die Zukunft der Partei ist uns allen bewusst.

Im Juli hat das Bundesverfassungsgericht auf Antrag der Linken und der Union über die Wahlrechtsreform der Ampel entschieden und dabei klargestellt, dass die Grundmandatsklausel, die uns bereits bei der letzten Wahl den Einzug in den Bundestag gesichert hat, weiterhin bestehen bleibt. Auch wenn wir natürlich für mehr als 5% kämpfen werden und sollten wir uns bewusst machen, dass ein mögliches Szenario für eine Linksfraktion im Bundestag ein erneuter Einzug über die Grundmandatsklausel ist. Diese Einsicht sollte in unserer Wahlkampfstrategie eine zentrale Rolle spielen.

Der Landesvorstand soll daher das Mandat bekommen sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Wahlkreise als Wahlkampfsschwerpunkte identifiziert werden, in denen der Gewinn eines Direktmandats für die Linke im Rahmen des Möglichen ist (z.B. in Berlin und Leipzig). In diesen Wahlkreisen sollten – wie im Wahlkreis Leipzig Mitte im Zuge der Sachsen-Wahl geschehen - Kräfte

aus dem ganzen Bundesgebiet gebündelt und bspw. großflächig Haustürwahlkampf organisiert werden. Konsequenterweise müssen dafür auch Kapazitäten anderer Kreisverbände ganz bewusst aus Wahlkreisen abgezogen werden, in denen wir keine Chance auf ein Direktmandat haben.

Diese Strategie sollte sich auch in der Gestaltung der Plakatkampagne niederschlagen. Es sollten unterschiedliche Plakatmotive für Wahlkreise mit Chance auf Direktmandate erstellt werden und in diesen Wahlkreisen explizit um beide Stimmen geworben werden.

In allen anderen Wahlkreisen sollten wir „Zweitstimme links!“ plakatieren, statt „Linke wählen!“ o.ä.

Die Antragsstellenden gehen davon aus, dass in weiten Teilen der Bevölkerung wenig Wissen über die Bedeutung von Erst- und Zweitstimme vorhanden ist. Regelmäßig hören wir an Infoständen, dass Menschen eine Mischung aus der Linken und einer anderen Partei befürworten und daher mit der Erststimme uns und mit der Zweitstimme eine andere Partei wählen bzw. gewählt haben. Dass Erststimmen für die Linke (außer in einer Hand voll Wahlkreise mit Chance auf Direktmandat) faktisch verlorene Stimmen sind, ist vielen nicht bewusst. Und da wollen wir ansetzen!

Außerdem soll der Landesvorstand anregen, dass es ein Plakatmotiv geben wird, das thematisiert, dass die Linke keine Groß- und Konzernspenden annimmt. Dies ist ein unbestreitbarer Fakt, der belegt, dass die Linke tatsächlich Politik für die Mehrheit der Menschen und nicht für die Konzerne macht, welcher in der Bevölkerung viel zu wenig bekannt ist. Das sollten wir ändern!

## Antrag O 03 -01: Änderungsantrag zu O 03

Änderungsantrag zu O 03

|                          |  |
|--------------------------|--|
| <b>Antragsteller/in:</b> | Andreas Hein-Foge (KV Nord-West LGST · Nr. 702)                        |
| <b>Status:</b>           | zugelassen   |
| <b>Sachgebiet:</b>       | O - Anträge mit Organisationsbezug                                     |
| <b>Entscheidung:</b>     | <input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend: |

Der Landesparteitag möge beschließen:

### Zeile 9 - 10

- 9    3. ~~und es ein Wahlplakat zum Thema Verhältnis der Linken zu Groß- und~~  
10    ~~Konzernspenden geben wird.~~

### Begründung

Die Linke schließt nirgendwo aus, dass sie Großspenden annimmt. Sie schließt grundsätzlich die Annahme von Unternehmensspenden aus. Spenden von natürlichen Personen sind in jeder Höhe zulässig.

Aber viel wichtiger ist, dass die Aussage, wir würden keine Großspenden annehmen, außer einige bei uns niemanden wirklich interessiert. Die begrenzten Ressourcen der Partei dazu zu verwenden, ein Plakatmotiv für dieses begrenzt interessante Themenfeld, das in keiner Weise wahlentscheidend sein wird, halte ich für Verschwendung.

Die Linke sollte sich dafür einsetzen, dass Spenden juristischer Parteien in Zukunft verboten werden. Aber auch das ist keine zentrale gesellschaftliche Auseinandersetzung, bei der wir genügend positive Aufmerksamkeit erhielten.

In der derzeitigen Situation sollten wir uns freuen, wenn uns ein paar vermögende Menschen mit politischem Gewissen Spenden zukommen ließen.

Daher bitte ich, den Punkt 3 zu streichen.

## Antrag O 04: Die Linke als sozialistische Mitgliederpartei stärken – Kampagne zur Mitgliedergewinnung starten!

|                          |  |
|--------------------------|--|
| <b>Antragsteller/in:</b> | Tim Sültenfuß, Dariush Hassanpour (KV Mitte-Ost · Nr. 353), Tom Hundack (Linksjugend · Nr. 553), Katja Pusch (KV Mitte-Ost · Nr. 321), Maria Mubarak (Linksjugend · Nr. 521), Philipp Piechura (KV Mitte-Ost · Nr. 359), Lucas Fiola (KV Mitte-Ost · Nr. 352), Annika Port, Finn Mannott (KV Mitte-Ost · Nr. 374), Max Petermann (KV Mitte-Ost · Nr. 704), Finn Grimberg |
| <b>Status:</b>           | zugelassen   |
| <b>Sachgebiet:</b>       | O - Anträge mit Organisationsbezug   |
| <b>Entscheidung:</b>     | <input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:   |

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 1. Der Landesverband startet eine Kampagne zur Mitgliedergewinnung setzt sich das
- 2 Ziel bis zur Bundestagswahl am 28. September 2025 die Marke von 1.000
- 3 Mitgliedern zu knacken.
- 4 2. Zu diesem Zweck sollen Materialien wie Flyer und Plakate erstellt werden, die
- 5 für den Eintritt werben und insbesondere das Thema Parteienfinanzierung, sowie
- 6 Mitgliedsbeiträge und deren steuerliche Geltendmachung behandeln.
- 7 3. Der Landesvorstand wird aufgefordert sich auf der Bundesebene für die längst
- 8 überfällige Anpassung der Beitragstabelle einzusetzen.

### Begründung

Die Stärke der Linken sind ihre Mitglieder.

Bundesweit hat die Linke seit dem Austritt von Sahra Wagenknecht und ihren Anhänger\*innen endlich wieder ein Mitgliederplus zu verzeichnen. Viele motivierte Genoss\*innensind eingetreten und bereits an unterschiedlichsten Stellen aktiv geworden. Der Landesverband Bremen hat inzwischen 737 Mitglieder (Stand 30.08.2024). Das macht Mut!

Diesen Trend gilt es gerade vor dem Hintergrund der anstehenden, richtungsweisenden Bundestagswahl fortzusetzen.

Wenn wir mit überzeugten Linken-Wähler\*innen sprechen und sie fragen, warum sie nicht eintreten, dann werden häufig zwei Gründe genannt:

Zum einen fehlende persönliche Kapazitäten, die es nicht zulassen ehrenamtlich in den Strukturen der Partei mitzuarbeiten. Zwar freuen wir uns sehr über jedes Neumitglied, welches Lust hat aktiv zu werden. Wir müssen aber auch selbstbewusst nach außen kommunizieren: „Wir brauchen auch euer Geld!“ Denn die Linke ist noch immer die einzige relevante Partei, die keine Groß- und Konzernspenden annimmt. Gerade deswegen sind wir auf die Mitgliedsbeiträge der vielen Menschen angewiesen, deren Interessen wir vertreten.

Außerdem können aus inaktiven Mitgliedern schneller aktive Mitglieder werden, als aus Nichtmitgliedern.

Ein anderer Grund, der viele Menschen vom Eintreten abhält, sind die als zu hoch empfundenen Mitgliedsbeiträge. Hier müssen wir deutlicher erklären, dass die Menschen ihren Beitrag im Rahmen einer Selbsteinschätzung selbst wählen können. Außerdem fehlt vielen potentiellen Genoss\*innen das Wissen darüber, dass sie ihren Mitgliedsbeitrag mit 50% steuerlich geltend machen können.

Und auch die Tatsache, dass die Systematik der staatlichen Parteienfinanzierung dazu führt, dass jeder als Mitgliedsbeitrag an die Linke gespendete Euro dazu führt, dass die Linke eine höhere staatliche Förderung bekommt und konservative oder rechtsextremen Parteien weniger Gelder erhalten, überzeugt nicht selten Personen unserer Partei beizutreten.

Diese Themen wollen wir im Rahmen einer Kampagne mit thematisch passendem Info-Material aktiv adressieren und Menschen davon überzeugen in die Partei einzutreten!

## Antrag O 05: Gemeinsam Bilanz ziehen

|                          |  |
|--------------------------|--|
| <b>Antragsteller/in:</b> | Jens Hurling (KV Links der Weser · Nr. 408), Dmitri Zelenin (KV Nord-West · Nr. 259), Sofia Heuser (KV Nord-West · Nr. 203), Ramona Seeger (KV Links der Weser · Nr. 414), Marija Cubalevska |
| <b>Status:</b>           | zugelassen   |
| <b>Sachgebiet:</b>       | O - Anträge mit Organisationsbezug   |
| <b>Entscheidung:</b>     | <input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:   |

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Mindestens und spätestens zur Halbzeit einer jeden Legislaturperiode hält der
- 2 Landesverband eine Landesmitgliederversammlung ab. Diese dreht sich thematisch nur
- 3 um die parlamentarische Arbeit der Fraktion.
- 4 Hierbei haben Abgeordnete und ggf. Regierungsmitglieder der Partei über Projekte,
- 5 Erfolge und Schwierigkeiten zu berichten, insbesondere mit Blick auf Wahlprogramm
- 6 und ggf. Koalitionsvertrag.
- 7 Die Landesmitgliederversammlung soll dabei eine Plattform bieten, um die Arbeit im
- 8 Parlament und ggf. in der Regierung in der Mitgliedschaft offen zu diskutieren, zu
- 9 bewerten und Konsequenzen für die weitere Arbeit zu ziehen. Bei bestehender
- 10 Regierungsbeteiligung ist auf dem darauffolgenden Landesparteitag eine Abstimmung
- 11 über den weiteren Verbleib in der Regierung durchzuführen.
- 12 Für die bestehende Legislaturperiode hat eine solche LMV im Laufe des Jahres 2025
- 13 stattzufinden.

### Begründung

Wir müssen als Fraktion und Basis enger zusammenrücken und häufiger miteinander sprechen, sowohl kritisch, als auch wertschätzend. Regelmäßige, zugänglichen Dialogforen sind aber selten. Die Basis wählt die Listen, kämpft in und zwischen den Wahlkämpfen für die Fraktion und verlässt sich darauf, dass diese nach bestem linken Gewissen handelt und abstimmt. Wenn wir es ernst meinen, dass weder Regierungsbeteiligung noch Parlamentsarbeit insgesamt ein Selbstzweck sind, müssen Impulse, Kritik und Ideen aus der Basis strukturierter in die Fraktion und Partei fließen.

Gerade beim Bettelverbot-Ortsgesetz waren viele Genoss\*innen bestürzt und verletzt, aus der Presse informiert zu werden. Zum einen werden wir am Infostand mit dem Abstimmungsverhalten der Fraktion konfrontiert und sind aufgrund fehlender Austausch kaum sprachfähig. Zum anderen ist ein häufiger kritischer Austausch mit der Fraktion eine Chance, sich gegenseitig besser zu unterstützen.